



In der Debatte – Blick ins politisch-historische Feuilleton

Denise Lindsay

Auf einen Blick

- Noch immer stellt sich die Frage, wie die EU ihre strukturellen Probleme in den Begriff bekommen und ihrer eigenen „Selbstverzerrung“ entgegenwirken kann. Die Diskussion über eine europäische Armee und gemeinsame Verteidigungsstrukturen dauert an. Auch muss die Rolle der EU im Machtgelecht zwischen den USA, China und Russland neu definiert werden. Die Debatte über eine Rückkehr zur Wehrpflicht in Deutschland geht weiter, der Aspekt der Wehrgerechtigkeit spielt dabei verstärkt eine Rolle.

- › Die politische Mitte gerät unter Druck von rechts und links. Die Debatte über die Aufrechterhaltung einer „Brandmauer“ zur AfD oder einer Neuformulierung der Politik setzt sich fort.
 - › Die Menschen treibt das Gefühl um, sich in einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisensituation zu befinden. Gefordert wird, der „Jammerkultur“ entgegenzutreten, das Schicksal wieder in die eigenen Hände zu nehmen und Eigenverantwortung an den Tag zu legen. Angst vor Veränderungen verhindern die Fortentwicklung der Gesellschaft.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| In der Debatte: Die Lage Europas | 2 |
| In der Debatte: Die politische Mitte..... | 6 |
| In der Debatte: Gesellschaftspolitik..... | 8 |
| Rezensionen | 10 |
| Impressum..... | 15 |

In der Debatte: Die Lage Europas

Klaus Geiger weist in der *Welt*¹ darauf hin, dass es für Pessimismus in der EU keinen Grund gebe, eine Analyse der Entwicklung des Kontinents in den letzten zwei Jahrzehnten lasse ihn zu einem optimistischen Ergebnis gelangen. Während Europa im Jahr 2005 als stabil und sorgenfrei galt, habe man in Wirklichkeit eher sorglos gelebt und die sich abzeichnenden Probleme und die heraufziehenden Krisen nicht sehen wollen. Die Finanz- und Eurokrise, die Flüchtlingskrise, die russische Aggression gegenüber der Ukraine, der Krieg und die Drogen gegen NATO-Staaten hätten zu einem massiven Stimmungsumschwung geführt: „Die Stimmung in der EU verlagerte sich über die 20 Jahre von einem Extrem ins andere: der überzogene pro-europäische Fortschritts-Optimismus ist einem maßlosen Pessimismus gewichen.“ Doch gerade diese Krisen hätten zu einer realistischeren Lageeinschätzung geführt und Europa tatsächlich mehr geeint und handlungsfähiger gemacht, man sei lösungsorientierter geworden und bereit, die eigene Verteidigung in die Hand zu nehmen: „Die externen Schocks haben Europa hart getroffen. Aber sie erwiesen sich auch immer als ein Katalysator für seine Stärke. Es besteht die Hoffnung, dass die äußere Bedrohung dazu führt, dass Europa einiger und stärker wird, beim Finanzsystem, den Außengrenzen oder der militärischen Abschreckung. Die Chance, dass dies geschieht, ist heute jedenfalls größer als vor 20 Jahren.“

In der *Sunday Times*² betrachtet David Marsh die politische Krise in Frankreich. Diese schwächer und destabilisiere nicht nur das Land, sondern habe auch Auswirkungen auf die Stabilität der EU und die deutsch-französischen Beziehungen, die seit den 1950er Jahren das Fundament der europäischen Integration bildeten. Deutschland leide wie Frankreich unter wirtschaftlicher Stagnation, einem gespaltenen Wählerspektrum und dem Aufstieg der AfD. Die wirtschaftlichen und politischen Probleme beider Länder schwächten die EU insgesamt. Die geopolitische Lage verschärfe die Situation zusätzlich. Der Krieg in der Ukraine, gestörte Beziehungen zu Russland, China und den USA sowie protektionistische Maßnahmen wie Trumps Zölle belasteten Europa. Die EU stehe vor einer existenziellen Krise und müsse dringend ihre Strukturen reformieren, wirtschaftlich wettbewerbsfähiger werden und in Bereichen wie Verteidigung, Technologie und Energie enger zusammenarbeiten, auch mit Ländern außerhalb der EU wie Großbritannien, Schweiz und Norwegen. Ein möglicher Machtwechsel in Frankreich zugunsten der extremen Rechten mit Marine Le Pen und Jordan Bardella könne die EU weiter destabilisieren, auch wenn ein Austritt aus dem Euro oder der EU zunächst nicht auf deren Agenda stehe. In der Zwischenzeit müssten die EU wie auch Großbritannien mit den Folgen massiver wirtschaftlicher Defizite leben. Selbst wenn Großbritannien einen Wiedereintritt in die EU anstreben würde, so wäre dies eine andere Gemeinschaft als diejenige, die es verlassen habe. Sowohl China als auch die USA versuchten, ihre Überlegenheit auszunutzen und den größtmöglichen Nutzen aus einem Kontinent zu ziehen, der seinen Weg verloren zu haben scheint.

¹ Klaus Geiger, Das beste Europa aller Zeiten, Die Welt, 26.9.2025.

² David Marsh, Macron's malaise isn't just bad for France, it's infecting Europe too, The Sunday Times, 12.10.2025.

Europa leide unter vier tiefgreifenden strukturellen Problemen, die sich gegenseitig verstärkten und seine politische Handlungsfähigkeit lähmten bilanziert *Dominik Pietzcker* bei *cicero.de*³ und benennt Migration, Angst, Antisemitismus und Demografie. Zum einen lagere Europa den Grenzschutz an Drittstaaten aus, die Milliardenhilfen erhielten, um Flüchtlinge von der Weiterreise nach Europa abzuhalten. Während die EU öffentlich Menschenrechte betone, übernähmen andere die Arbeit. Diese Strategie diene der moralischen Selbstinszenierung, löse aber nicht das eigentliche Problem. Die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit europäischer Gesellschaften sei erschöpft, die Bevölkerung zunehmend unwillig, hohe Flüchtlingszahlen zu tragen, was zu einem Wertedilemma führe. Um den innenpolitischen Rechtsruck zu bremsen, müsse Europa „moralisch abrüsten“, was Länder wie Dänemark, Norwegen und die Schweiz vormachten. Sie lehnten Flüchtlinge konsequent ab, mit dem Ergebnis größerer innenpolitischer Stabilität und weniger gesellschaftlicher Radikalisierung. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine habe Europa zudem in einen Zustand kollektiver Angst versetzt. Russland trete als aggressiver Akteur auf, während Europa sich als passiver Beobachter zeige, erschüttert, aber handlungsunfähig. Russlands Streben nach Ruhm und historischer Größe stehe im Kontrast zur sicherheitsorientierten Komforthaltung Europas. Während die Ukraine mit Menschenleben zahle, begnüge sich Europa mit Geld. Dabei könne ein äußerer Feind es vielleicht schaffen, den Kontinent zu einen und gemeinsame verteidigungspolitische Anstrengungen befördern. Des Weiteren sei der Antisemitismus in Europa mit erschreckender Offenheit zurückgekehrt. Was lange verdeckt existiert habe, trete nun wieder sichtbar in Politik und Gesellschaft auf, oftmals getarnt als Kritik an Israel. Dabei bündelten sich in antisemitischen Haltungen eine Vielzahl gefährlicher gesellschaftlicher Tendenzen: „Ressentiment, Irrationalismus, Sündenbockmentalität, Verschwörungsdenken und blanker Hass.“ Antisemitismus sei nur strafrechtlich bekämpfbar, er stehe für eine tiefgreifende Verrohung und geschichtliche Ignoranz. Die Vorstellung, dass der Hass auf Juden mit dem Ende des Gaza-Kriegs verschwinden könne, sei naiv. Europa sei außerdem ein Kontinent mit hoher Lebenserwartung, aber schwindender Zukunftsperspektive. Die Sicherung der Renten stehe über allem und verdränge wirtschaftliche Vernunft, familiären Zusammenhalt und die Interessen der Jugend. Die Gesellschaft opfere ihre Zukunft zugunsten der Gegenwartsversorgung. Die niedrige Geburtenrate habe den Generationenvertrag faktisch aufgelöst. Europa entwickele sich zur „Republik der Alten“, in der Pflege und Altersversorgung zu den wichtigsten Wachstumsfeldern zählten. Festzuhalten bleibe, Europa sei keine globale Macht mehr, sondern eine Regionalmacht mit begrenztem Einfluss. Doch in der Akzeptanz dieses Zustands könne auch eine Chance liegen: „Womöglich ist Bescheidenheit die einzige Tugend, die Europa noch erlernen muss, um mit sich selbst wieder kongruent zu sein.“

In der *Neuen Zürcher Zeitung*⁴ setzt sich *Antonio Fumagalli* kritisch mit der „Selbstverzweigung“ der EU auseinander. Die geopolitische Schwäche der Europäischen Union habe sich im Sommer 2025 besonders deutlich gezeigt habe, sichtbar durch ein Handelsabkommen mit den USA, das für die EU äußerst nachteilig ausgefallen sei. Trump habe die politische Schwäche der Gemeinschaft gnadenlos ausgenutzt. Diese „Kapitulation vor der Realität“ könne als Ausdruck der sicherheitspolitischen und technologischen Abhängigkeit Europas von den USA gewertet werden. Die EU sei zwar auf wirtschaftlicher Ebene ein „Riese“, aber werde auf politischer Ebene als „Zwerg“ oder „Wurm“ gesehen. Der Ukraine-Krieg und russische Drohnenangriffe auf Polen verdeutlichten die reale Bedrohung durch Russland und die Notwendigkeit, Europa strategisch autonomer aufzustellen. Langfristig müsse Europa militärisch aufrüsten und seine Verteidigungsstrukturen effizienter gestalten. Die Fragmentierung der europäischen Verteidigung – 200 verschiedene Waffensysteme gegenüber 30 in den USA – behinder-

³ Dominik Pietzcker, Die vier Krankheiten Europas von, cicero.de, 12.10.2025.

⁴ Antonio Fumagalli, Die Selbstverzweigung der EU muss enden, NZZ, 2.10.2025.

ten die Zusammenarbeit. Gleichzeitig leide die EU unter strukturellen wirtschaftlichen Problemen wie mangelnden Investitionen in Zukunftstechnologien, hohen Energie- und Regulierungskosten sowie nationalen Alleingängen. Tiefgreifende Reformen, etwa eine Kapitalmarktunion, eine bessere grenzüberschreitende Energieinfrastruktur und die Reduzierung bürokratischer Hürden, seien dringend notwendig, würden aber durch nationale Interessen blockiert. Ein Einsatz für die von der EU verkörperten Werte lohne sich auf alle Fälle und sei auch dringend geboten: „Denn bei aller Kritik am gegenwärtigen Kurs lohnt es sich, für zahlreiche Errungenschaften, welche die EU und ihre Vorgängerorganisationen in ihrem nunmehr über siebzigjährigen Bestehen erreicht haben, einzustehen: der freie Verkehr von Personen, Waren und Dienstleistungen, die Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat, Wohlstand und – als wichtigstes Verdienst nach den Zäsuren des 20. Jahrhunderts – Frieden. Was diese Freiheiten wert sind, wird oft erst bewusst, wenn sie weg sind. Man möchte es nicht erfahren.“

Hans-Werner Sinn merkt in der *WirtschaftsWoche*⁵ an, die Diskussion um Euro-Bonds zur Finanzierung von Rüstungsausgaben in Europa greife zu kurz. Notwendig sei stattdessen eine gemeinsame Armee unter einem einheitlichen Kommando, um die europäische Verteidigungsfähigkeit gegenüber Bedrohungen wie etwa aus Russland zu stärken. Euro-Bonds seien keine Lösung, da damit nur die bestehenden nationalen Armeen finanziert würden und der bestehende „Flickenteppich“ in der Verteidigung weiterhin Bestand hätte. Zudem habe die EU zwar eine gemeinsame Währung, aber keine gemeinsame Verteidigungspolitik oder ein Gewaltmonopol. Die militärische Entscheidungsgewalt liege weiterhin bei den Nationalstaaten. Eine echte europäische Armee erfordere den Verzicht auf nationale Souveränitätsrechte und eine vertragliche Regelung, es sei fraglich, ob dies bei den einzelnen Mitgliedstaaten tatsächlich durchsetzbar sei. Denkbar wäre, eine „Koalition der Willigen“ zu schaffen, außerhalb existierender EU-Strukturen, in die auch Staaten außerhalb der EU wie Großbritannien und Norwegen eingebunden werden könnten: „Dieser Bund könnte dann in ähnlicher Form wie die 50 Staaten der USA der Nato unterstellt werden. Ein demokratisch gewähltes Parlament würde, kontrolliert von einer zweiten Kammer, die die Länder repräsentiert, eine Verteidigungsregierung wählen, die das Oberkommando hätte.“ Finanziert werden könnte dies durch Mehrwertsteueranteile der Mitgliedstaaten und gemeinsame Schulden in der Aufbauphase.

In der *Neuen Zürcher Zeitung*⁶ stellt *Michael Brendler* fest, die USA zögen sich zunehmend aus der Rolle des globalen Hauptfinanziers medizinischer Forschung zurück. Jahrzehntelang hätten sie internationale medizinische Studien, Datenbanken und Forschungsinfrastrukturen finanziert. Weltweit genutzte medizinische Datenbanken und auch Forschungsprojekte hingen von ihnen ab. Europäische Institutionen sei oftmals in der Rolle eines „Juniorpartners“ mitgelaufen. Da die USA nun die „Spenderhosen“ ablegen wolle, sei es falsch darauf beleidigt zu reagieren, denn Europa müsse selbst lernen, mehr Verantwortung zu übernehmen. Man müsse eigene Strukturen für internationale Forschungsprojekte aufzubauen und als Co-Finanzier in medizinische Forschungsprojekte einsteigen. Dazu sei es allerdings dringend notwendig, dass die EU sich neu aufstelle – etwa mit mehr Investitionen, einer Konzentration auf wenige große Projekte, mehr Risikobereitschaft und Wettbewerb oder dem Aufbau eigener Forschungsinfrastrukturen – um auf politische Umbrüche besser reagieren zu können und resilenter zu werden.

Hans Ulrich Gumbrecht vertritt in der *Welt*⁷ die These, Donald Trump belebe die Demokratie durch seinen unkonventionellen, affektgeladenen Stil, der politische Aufmerksamkeit erzeuge und dadurch neue Formen demokratischer Praxis ermögliche. Ihm sei es gelungen, starke emotionale Bindungen über soziale Gruppen hinweg zu erzeugen. Seine Prinzipienlosigkeit

⁵ Hans-Werner Sinn, Eine Streitmacht für Europa, *WirtschaftsWoche*, 24.10.2025.

⁶ Michael Brendler, Forschen ohne den grossen Bruder, *NZZ*, 22.10.2025.

⁷ Hans Ulrich Gumbrecht, Wie Donald Trump die Demokratie belebt, *Die Welt*, 23.10.2025.

erlaube ihm überraschende politische Initiativen. Er ignoriere oft demokratische Kontrollmechanismen und setze auf „executive orders“. Wichtig sei es dabei, ein reflektierte Sicht auf die Entwicklung der Demokratie in den USA im Blick zu behalten, die sich in 250 Jahren immer wieder verändert und an die herrschenden Gegebenheiten angepasst habe. Betrachte man die Demokratie unter diesem Aspekt, könne man in Trumps Präsidentschaft nicht den Niedergang, sondern eine mögliche Variation der Demokratie, die das politische Erbe der USA vitalisieren werde, erkennen.

Das Auftreten von Donald Trump sei ein „heilsamer Schock“ für die UNO gewesen, konstatiert *Daniel Rickenbacher* in der *Neuen Zürcher Zeitung*⁸. Seine in provokanter Art vorgetragene Kritik sei in vielen Teilen berechtigt, denn die UNO leide unter Bürokratie, mangelnder Reformbereitschaft und einer Dominanz illiberaler Staaten und verliere dadurch zunehmend an Relevanz. Seit ihrer Gründung sei die Zahl der UN-Mandate immer weiter angestiegen und kaum noch zu überblicken, viele Mandate seien zudem veraltet. Die Organisation habe sich weit von ihren Gründungsprinzipien entfernt. Unterorganisationen würden nur noch selten als Vermittlungsinstitution angesehen, würden stattdessen Klientelpolitik betreiben. Personalkosten machten den größten Teil des zur Verfügung stehenden Budgets aus. Der UN-Sicherheitsrat blockiere sich immer wieder selbst. Autokratische Regierungen und Aktivisten nutzten die UNO, um nationale Parlamente zu umgehen und die Demokratie abzubauen. Trumps provokante Haltung könne vielleicht als Weckruf dienen, um Reformen anzustoßen und die Organisation wieder auf ihre ursprünglichen Prinzipien zurückzuführen.

In der *Süddeutschen Zeitung*⁹ betrachten *Martin Wagner* und *Sören Urbansky* die sich intensivierende strategische Allianz zwischen Russland und China, deren gemeinsames Ziel es sei, den Westen und die Grundpfeiler seiner Ordnung, demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien, zu untergraben. Russland verfolge hier militärische, China wirtschaftliche Ziele, beide die Stärkung autoritärer Regime. Betrachte man beide Länder und ihr Vorgehen nur getrennt, unterschätze man die Bedrohung für die liberalen Demokratien: „Denn Deutschlands Wissenslandschaft – in Forschung, Diplomatie und Nachrichtenwesen – offenbart zwei markante, indes folgenschwere Leerstellen: China und Russland werden für sich genommen nur unzureichend erforscht, in ihrer Wechselbeziehung nahezu gar nicht erkundet. Anders gesagt: Unsere Perspektive trennt, wo analytische Verknüpfung nötig wäre.“

Thorsten Jungholt betont in der *Welt am Sonntag*¹⁰, Deutschland sei weder militärisch noch zivil verteidigungsbereit. Die Bedrohungslage – insbesondere durch Russland – mache eine Entscheidung über die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder eines Pflichtdienstes daher unumgänglich. Das Grundgesetz verpflichte die Bundesregierung zur Sicherstellung der Verteidigungsfähigkeit, ein Auftrag, der derzeit nicht erfüllt werde. Alle zur Verfügung stehenden Optionen – Pflichtjahr für alle, Wehrdienst nur für Männer, Losverfahren, Einberufung nur von interessierten Bewerbern – seien mit Risiken verbunden, aber Untätigkeit gefährde die Sicherheit und missachte den Verfassungsauftrag.

In der *WirtschaftsWoche*¹¹ fordert *Max Haerder*, eine offene, ehrliche Debatte über Wehrpflicht und Verteidigungsbereitschaft sei, angesichts der weltpolitischen Lage und der Tatsache, dass Deutschland nicht mehr nur von „Freunden umzingelt“ sei, dringend nötig. Sie müsse „nüchtern“ sein und dürfe nicht in „Angstmacherei“ abgleiten, man dürfe aber auch nicht davor zurückschrecken, die Bevölkerung ehrlich über die sicherheitspolitische Lage zu informieren.

⁸ Daniel Rickenbacher, Trump ist ein heilsamer Schock für die Uno, NZZ, 21.10.2025.

⁹ Martin Wagner/Sören Urbansky, Fatale Lücken, SZ, 21.10.2025.

¹⁰ Thorsten Jungholt, Das Wehrpflicht-Dilemma, Welt am Sonntag, 19.10.2025.

¹¹ Max Haerder, Wahrheit und Pflicht, WirtschaftsWoche, 17.10.2025.

Die geplante Einführung eines Losverfahrens zur Rekrutierung von Wehrdienstleistenden sei verfassungsrechtlich bedenklich und verletze den Grundsatz der Wehrgerechtigkeit wendet Wolfgang Janisch in der *Süddeutschen Zeitung*¹² ein. Regierungen hätten sich im Lauf der Jahre immer wieder um Lösungen in Sachen Wehrpflicht und Wehrgerechtigkeit bemüht, wenn Lücken zwischen dem tatsächlichen Bedarf und den zur Verfügung stehenden Wehrpflichtigen bestanden habe: „Der Staat gestaltete die Gerechtigkeit, er überließ sie nicht dem Schicksal. Und das Verfassungsgericht würdigte diese Bemühungen, indem es die Anforderungen an die Wehrgerechtigkeit nicht zu hoch schraubte.“ Gerade in den Zeiten der militärischen Bedrohung stelle ein Auswahlverfahren per Los, aus militärischer Sicht eine kosteneffiziente und flexible Lösung, aber einen nicht zu unterschätzenden Eingriff in die Lebensplanung junger Menschen dar, es könne sogar zur Lebensbedrohung werden.

In der FAZ¹³ merkt Stephan Löwenstein an, es gebe gute Gründe für eine Wiedereinführung der Wehrpflicht, denn sie biete nicht nur eine Lösung für den Personalbedarf der Bundeswehr, sondern stärke auch deren demokratische Verankerung, da sie für die Integration unterschiedlicher sozialer und bildungspolitischer Gruppen in den Streitkräfte sorge.

In der Debatte: Die politische Mitte

Anlässlich des 100. Geburtstags von Margaret Thatcher weist Gerard Baker in der *Times*¹⁴ darauf hin, dass die von der britischen Premierministerin verkörperte klassische konservative Ideologie – geprägt von freien Märkten, individueller Freiheit und begrenzter staatlicher Intervention – in Europa im Verschwinden begriffen sei und der Populismus von rechts und links um sich greife. In Großbritannien sei die konservative Partei stark geschwächt, ebenso wie in anderen europäischen Staaten. Auch in den USA hätten sich die Republikaner von der Reagan-Thatcher-Ideologie entfernt und seien zu einer personalisierten Bewegung geworden, die viele ihrer ursprünglichen Prinzipien aufgegeben habe. Als Ursachen seien die Finanzkrise 2008 und ihre Folgen, die Covid-Pandemie und die Rückbesinnung auf staatliche Intervention, die Enttäuschung über Globalisierung und wachsende soziale Ungleichheiten sowie das Versagen konservativer Regierungen, ihre Ideale zu verteidigen, zu benennen. Trotz allem Pessimismus bestünde immer noch die Hoffnung, den Konservatismus wiederzubeleben, denn zu ihrer Zeit habe auch Thatcher als Außenseiterin gegolten: „Thatcher herself was a populist conservative with ideas that were deemed way too radical – and implausible – for the economic and social stability of the West, which seemed at the time to have settled into comfortable decline.“

Die liberale Demokratie müsse sich von vier ideologischen „Überspannungen“ befreien und ihre Stärke in politischer Auseinandersetzung, Pluralität und Kompromissfähigkeit neu beleben, fordert Andreas Rödder in der FAZ¹⁵. Nur so könne sie wieder für Freiheit, Sicherheit und Wohlstand stehen. Neokonservativer Demokratieexport nach dem Ende des Kalten Krieges – etwa durch die USA im Irak – habe zu Glaubwürdigkeitsverlust und Destabilisierung geführt. Die neoliberalen Marktglaubigkeiten habe durch den Finanzcrash 2008 eine Niederlage erlitten. Die kulturelle Hoheit des „postmodern-grüne[n] Paradigmas“ habe Moralisierung und Ausgrenzung nach sich gezogen. EU-Institutionen wie EZB und EuGH hätten als politische Ak-

¹² Wolfgang Janisch, Wehrdienst für Pechvögel, SZ, 15.10.2025.

¹³ Stephan Löwenstein, Gute Gründe für die Wehrpflicht, FAZ, 15.10.2025.

¹⁴ Gerard Baker, Happy birthday, Mrs Thatcher, but the party's over, The Times, 16.10.2025. [„Thatcher selbst war eine populistische Konservative mit Ideen, die als viel zu radikal – und unglaublich – für die wirtschaftliche und soziale Stabilität des Westens galten, der sich damals in einem angenehmen Niedergang befunden zu haben schien.“].

¹⁵ Andreas Rödder, Für den Primat des Politischen, FAZ, 15.10.2025.

teure agiert und zu einer Verrechtlichung der Politik geführt, was den Raum für rechte Gegenbewegungen geöffnet habe. Die liberale Demokratie könne sich nur erneuern, wenn sie sich auf ihre Grundprinzipien besinnen würde: das Mehrheitsprinzip, den rechtsstaatlichen Schutz von Minderheiten, friedlichen Regierungswechsel und eine offene politische Öffentlichkeit. Statt durch Moralisierung und Verrechtlichung Debatten zu verengen, müsse sie Raum für Kontroverse, aber verfassungsrechtlich zulässige Positionen bieten: „Pride-Paraden haben in dieser Öffentlichkeit ebenso ihren Platz wie Tradwives und nicht verfassungswidrige populistische Positionen. Ihre öffentliche Repräsentation und politische Integration sind Teil einer erfolgreichen liberalen Demokratie.“ Toleranz bedeute, auch das zu akzeptieren, was man ablehne. Demokratie lebe vom Streit über substanzelle Fragen, der mit ziviler Robustheit geführt und parlamentarisch entschieden werde. Der Kompromiss sei ihr Wesenskern. Die Rückgewinnung des Politischen gegenüber einer übermäßigen Verrechtlichung sei notwendig, um die Demokratie wieder zu dem zu machen, was sie historisch auszeichnet: größtmögliche Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.

Volker Resing weist bei *cicero.de*¹⁶ darauf hin, die politische Lähmung Deutschlands durch die Brandmauer-Logik gegenüber der AfD könne nur durch ein radikales Bekenntnis von CDU und SPD zur politischen Mitte überwunden werden, durch eine „schwarz-rote Republik“ ohne Grüne und ohne linke Machtoptionen. Die Debatte um die Brandmauer habe die CDU zerrieben, auf kommunaler Ebene existiere diese sowieso schon länger nicht mehr: „Mit oder ohne Brandmauer, die CDU ist von der AfD auf der einen Seite und von SPD, Linken und Grünen auf der anderen Seite derart gefesselt und an den Pranger gestellt, dass sie für alles Schlechte und Böse sozusagen zur peinlichen Befragung freigegeben ist.“ Wichtig sei auch, dass die SPD Position beziehe, nicht weiter nach links rücke, sondern sich für die Mitte entscheide, nur so könne man sich aktiv gegen die Ränder an beiden Seiten des politischen Spektrums behaupten: „Die schwarz-rote Republik wäre ein starkes Signal an die Ränder, dass die Mitte selbst und eigene Kraft entfaltet. Unrealistisch ist das Modell möglicherweise, mit vielen Risiken verbunden gewiss, aber es wäre ein Paukenschlag gegen die anhaltende politische Lähmung im Land.“

Beatrice Achterberg vertritt in der *Neuen Zürcher Zeitung*¹⁷ die Ansicht, die CDU stehe vor der strategischen und existenziellen Entscheidung, wie mit der AfD künftig umgegangen werden solle. Die bisherige Brandmauer-Politik habe sich als politisch untauglich erwiesen, sei ein „Irrweg“ gewesen: „Sie hat die Union in eine strukturelle Abhängigkeit von linken Koalitionspartnern gebracht. Und sie hat der AfD das Monopol überlassen auf harte Rhetorik und ‚Klare Kante‘-Politik. Statt sie einzudämmen, hat die Brandmauer die AfD grösser gemacht.“ Nun müsse die Partei schmerzhafte Entscheidungen treffen. Eine Aufgabe der Brandmauer sei nicht gleichbedeutend mit einer Koalition mit der AfD. Man könne „rote Linien“ – wie von Andreas Rödder ins Spiel gebracht – für eine Zusammenarbeit festschreiben, die nicht überschritten werden dürften. All dies bedeute schmerzhafte Einschnitte: „Die Alternative ist allerdings noch düsterer: Nicht nur die Umfragewerte, auch das Wählerpotenzial der AfD steigt weiter, während das der Union leicht gefallen ist. Zu lange hat die CDU die Augen vor der Realität verschlossen, nun steht sie vor der Schicksalsfrage, wie sie langfristig als Partei überleben will. Diese Entscheidung sollte sie wenigstens selbst treffen.“

Die politische Auseinandersetzung mit der AfD gleiche einem „Schattenboxen“ stellt Daniel Deckers in der *FAZ*¹⁸ fest. Die CDU halte an der Brandmauer fest, die Parteien links der Mitte machten die Union für das Erstarken der AfD verantwortlich, und die AfD nutze jede Ausgrenzung zur Stärkung ihrer Opferrolle. In Parlamenten, in denen CDU und SPD keine Mehrheiten mehr hätten und die AfD teils über Sperrminoritäten verfüge oder sogar als stärkste Fraktion

¹⁶ Volker Resing, Ausrufung der schwarz-roten Republik, *cicero.de*, 16.10.2025.

¹⁷ Beatrice Achterberg, Das wird für die CDU schmerhaft, *NZZ*, 17.10.2025.

¹⁸ Daniel Deckers, Schattenboxen, 16.10.2025.

sei, fehlten praktikable Machtoptionen. Statt sich weiter an starren Unvereinbarkeitsbeschlüssen und symbolischen Mauern abzuarbeiten, sollten die Parteien eine neue politische Strategie entwickeln. Sie sollten das Feld entlang konkreter Handlungsfelder mit klaren Linien strukturieren, zur Orientierung und Abgrenzung. So könnten eventuell neue, pragmatische Mehrheiten entstehen, wo traditionelle Koalitionsmodelle nicht mehr greifen würden.

In der *Zeit*¹⁹ versucht sich *Mark Schieritz* an einer „Ehrenrettung“ des Neoliberalismus. Die oft in die Kritik geratene Denkrichtung könnte sich als wirksames Gegengewicht zur autoritären Versuchung der radikalen Rechten erweisen. Der Neoliberalismus beinhaltet durchaus Schwächen, doch seine Grundidee – die Begrenzung von Macht durch Regeln und Institutionen – könnte ein wirksames Bollwerk gegen autoritäre und populistische Entwicklungen bilden. In einer Zeit, in der politische Macht zunehmend missbraucht werde, sei ihre Begrenzung ein Wert an sich. Die Freiburger Schule des Neoliberalismus sehe die Konzentration von politischer und wirtschaftlicher Macht als zentrale Bedrohung für Freiheit und Wohlstand. Um dem entgegenzuwirken, solle der Staat einen Ordnungsrahmen schaffen, der Macht begrenze, insbesondere durch ein starkes Wettbewerbsrecht, das Monopole und Kartelle verhindere und damit auch gesellschaftliche Macht einschränke. Im Gegensatz zum klassischen Liberalismus, der auf Selbstregulierung vertraue, fordere der Neoliberalismus staatliche Sicherung der freiheitlichen Ordnung durch feste Regeln. Dazu gehörten etwa die Schuldenbremse, eine unabhängige Geldpolitik und internationale Handelsregeln. Ziel sei es, den Einfluss mächtiger Interessengruppen zu begrenzen und den Staat selbst vor Machtmissbrauch zu schützen. Donald Trump habe mit Traditionen gebrochen. Er greife Institutionen und Medien an, übe Druck auf Unternehmen aus und ignoriere internationale Regeln. Seine Politik sei nicht primär antidemokatisch, sondern illiberal, ähnlich der radikalen Rechten in Europa. Ironischerweise bleibe die Macht der Finanzmärkte oft die letzte Instanz, die autoritären Tendenzen bremse. Festzuhalten bleibe: „Macht ist die Essenz des Politischen. Sie entsteht, wenn Menschen gemeinsam Beschlüsse fassen. Ohne Macht gäbe es keinen Klimaschutz, keine Sozialgesetze, keine Gleichberechtigung. Vielleicht ist es das, was Walter Eucken in der Weimarer Republik beobachtete und was durch den Aufstieg der Populisten erneut offenbar wird: In einer Welt, in der die Ausübung politischer Macht zivilisatorische Errungenschaften gefährdet, ist die Begrenzung derselben ein Wert an sich. Und sei es durch die Wall Street.“

In der Debatte: Gesellschaftspolitik

Im Gespräch mit dem *Handelsblatt*²⁰ äußert sich *Frank Trentmann* zu aktuellen politischen Lage im Land und dem Gefühl der Krise, das die Menschen umtreibe. Dies sei vor allem mental bedingt und nicht durch die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung untermauert. Man müsse sich in Erinnerung rufen, dass die Bundesrepublik immer wieder durch Reformen und Krisen geprägt gewesen sei und die Idee einer kontinuierlichen Erfolgsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg trügerisch sei, was zur „Selbstblockade“ führe, und jegliche Reformbereitschaft hemme: „Wir bewerten die Gegenwart vor dem Hintergrund einer rosarot gefärbten Vergangenheit. Veränderung gilt als Verlust, nicht als Option. Historisch wurden Streitfragen politisch bearbeitet.“ Zudem sei das Gefühl der Subsidiarität und der Eigenverantwortung verloren gegangen, eine „Jammerkultur“ habe sich entwickelt, was den Staat, an den hohe Erwartungen gestellt würden, in Bedrängnis bringe. Der AfD sei es gelungen, bis in die Mitte der Gesellschaft vorzudringen, populistische Themen aufzugreifen sowie rein symbolische Gesten würden nichts bringen, die Zivilgesellschaft müsste stattdessen gestärkt werden. Dringend notwendig

¹⁹ Mark Schieritz, Dann lieber Steuern runter, *Die Zeit*, 16.10.2025.

²⁰ Sven Prange, „Reformen gelingen, wenn sie Teilhabe ermöglichen“. Fragen an den Historiker Frank Trentmann, *Handelsblatt*, 26.9.2025.

sei zum einen eine „ehrliche Zukunftserzählung“ sowie die Beteiligung der Menschen an der Transformation und das Zusammendenken verschiedener Politikfelder zur Problemlösung, so könne ein Neustart gelingen.

Ulf Poschardt merkt in der *Welt*²¹ an, Deutschland stecke in einer tiefen politischen und gesellschaftlichen Krise. Die Angst vor Veränderung lähme Reformen, während die bürgerliche Mitte ihre Orientierung und Gestaltungskraft verliere: „Die Deutschen haben Angst vor Veränderung. Und diese Angst führt dazu, dass sie mit Veränderungen so lange warten, bis es zu spät ist – bis alles crasht. Diese Form des deutschen Sonderwegs hat es immer schon gegeben. Sie hat den Deutschen immer wieder Chancen auf einen Neubeginn eröffnet – aber nie aus Einsicht, sondern als Reaktion auf das Unhaltbare.“ Es brauche eine Renaissance der bundesrepublikanischen Tugenden, um den drohenden Systemkollaps abzuwenden. Prinzipien der frühen Bundesrepublik – Westbindung, Soziale Marktwirtschaft, Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft – müssten wieder Geltung erhalten. Das Lagerdenken in der Politik müsse überwunden werden, um einen Neuanfang zu schaffen, ebenso müsse es wieder eine tragfähige Debattenkultur geben. Das Bürgertum habe verlernt, seine Interessen zu artikulieren und Verantwortung zu übernehmen. Reformen scheiterten an Mutlosigkeit und ideologischer Verwirrung, die Initiative für einen „Befreiungsschlag“ werde nicht ergriffen.

Der Generationenkonflikt in Deutschland verschärfe sich, was neben der Diskussion über die Rentenpolitik auch in der Debatte um Wehr- und Dienstpflicht deutlich werde, konstatiert *Henrike Rossbach* in der *Süddeutschen Zeitung*²². Europa stehe vor der Herausforderung, sich militärisch selbst zu schützen, da die USA als Schutzmacht zunehmend ausfielen. In diesem Zusammenhang werde über eine Rückkehr zur Wehrpflicht diskutiert. Dabei sei zu kritisieren, dass ältere Generationen über Pflichten für junge Menschen entscheiden würden, die oft noch gar kein Wahlrecht hätten. Sollte der freiwillige Wehrdienst nicht ausreichend angenommen werden, könnte eine Pflichtlösung notwendig werden. Die politische Debatte sei allerdings geprägt von „Machtspielchen“ und einem herablassenden Ton gegenüber der Jugend. Dabei habe die ältere Generation in Bereichen wie Bildung, Klima und Rente Schulden bei der Jugend angehäuft. Ein Wahlrecht ab 16 Jahren wäre hier ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit. Sicherheitspolitische Notwendigkeiten seien schwer zu ignorieren, daher sei es umso wichtiger, in allen anderen Bereichen echte Generationengerechtigkeit zu schaffen.

Im *Cicero*²³ warnt *Volker Boehme-Neßler* davor, den Rechtsstaat immer mehr zu einem „Einschüchterungsstaat“ werden zu lassen. Politisch motivierter Rechtsmissbrauch untergrabe Vertrauen, Meinungsfreiheit und Demokratie. Wachsamkeit sei daher nötig, damit der freiheitliche Verfassungsstaat nicht schlechend erodiere. Das Recht habe zwei Seiten, es könne dem Schutz des Bürgers vor Willkür dienen, diesen aber auch durch Unrechtsgesetze unterdrücken. Der demokratische Verfassungsstaat, wie ihn das Grundgesetz verstehe, sei ein bewusster Bruch mit der Geschichte von Unrechtsgesetzen. Er solle die Bürger vor staatlicher Willkür schützen, durch Grundrechte, Menschenrechte und ein unabhängiges Verfassungsgericht in Karlsruhe, das als „Hüter der Verfassung“ agiere. Doch dieser Schutz funktioniere nur, wenn sowohl Staat als auch Bürger die Verfassung respektierten und aktiv verteidigten. Staatliche Institutionen müssten ihre verfassungsrechtlichen Grenzen einhalten und Bürger ihre Rechte mutig wahrnehmen. Andernfalls bleibe das Grundgesetz wirkungslos, ein „totes Papier“ ohne Substanz. Zunehmend scheine allerdings das Recht durch staatliche Akteure instrumentalisiert zu werden und zur Einschüchterung kritischer Bürger zu dienen. Beispiele wie Hausdurchsuchungen wegen satirischer Memes zeigten, wie unverhältnismäßig die Justiz agiere, wenn Politiker Strafanträge stellten. Solche Maßnahmen erzeugten einen „chilling

²¹ Ulf Poschardt, Die Lage ist ernst und die Ratlosigkeit lärmend groß, Die Welt, 21.10.2025.

²² Henrike Rossbach, Dienst und Pflicht, SZ, 18.10.2025.

²³ Volker Boehme-Neßler, Das Recht als Waffe, Cicero, 24.10.2025.

effect", viele Bürger äußerten ihre Meinung aus Angst nicht mehr frei. Besonders problematisch seien staatlich geförderte „Meldestellen“ gegen Hass und Hetze, die auch Inhalte unterhalb der Strafbarkeit erfassten. Dies verletze das verfassungsrechtliche Prinzip, dass alles erlaubt sei, was nicht ausdrücklich verboten sei. Die daraus entstehende Denunziationskultur gefährde die demokratische Meinungsfreiheit. Auch im Umgang mit der AfD werde das Recht als politisches Mittel eingesetzt. Parteiverbotsdebatten und administrative Maßnahmen gegen Mitglieder würden den fairen Wettbewerb unterlaufen, der laut Grundgesetz zentral für die Demokratie sei. Ein Parteiverbot sei nur als äußerstes Mittel vorgesehen, dessen wiederholte Androhung sei rechtlich fragwürdig und politisch gefährlich. Festzuhalten bleibe auch, Richterinnen und Richter müssten allein Recht und Gesetz verpflichtet sein und nicht politischen Parteien, Ideen oder dem Zeitgeist. Wenn Gerichte politisch agierten, werde das Recht zur Waffe im politischen Kampf, was dem Grundgedanken des Rechtsstaats widerspreche. Der Rechtsstaat basiere auf dem Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und dem Willkürverbot. Politisch motivierte Auslegungen von Rechtsnormen verletzten diese Grundsätze und würden das Vertrauen in die Justiz untergraben. Die Gleichheit vor dem Gesetz verlange, dass Politik bei der Rechtsanwendung keine Rolle spiele. Werde das Recht politisiert, verlieren es seine befriedende Funktion, spalte die Gesellschaft und gefährde die Demokratie: „Rechtsstaat und Demokratie sterben nicht mit einem Knall, den jeder hört. Sie sterben – wie die Freiheit – zentimeterweise und lange Zeit unbemerkt. Irgendwann ist es dann zu spät. Wachsamkeit ist deshalb nötig. Nicht alles, was parteipolitisch wünschenswert sein mag, ist (verfassungs) rechtlich erlaubt. Der Respekt der Politik vor der Verfassung und dem Gesetz geht zunehmend verloren. Das muss sich ändern. Sonst wird der freiheitliche Verfassungsstaat zum repressiven Einschüchterungsstaat.“

Rezensionen

Florian Keisinger stellt in der *Süddeutschen Zeitung*²⁴ drei neue Bücher zu Leben und Werk von Konrad Adenauer vor, „die sich aufgrund ihrer unterschiedlichen Perspektiven und Schwerpunktsetzungen auf bemerkenswerte Weise ergänzen und so ein ebenso eindrucksvolles wie differenziertes Gesamtbild des ersten Kanzlers der Bundesrepublik zeichnen“: **Konrad Adenauer. Kanzler nach der Katastrophe. Biographie** von Norbert Frei; **Adenauer. Dreieinhalb Leben – Biografie** von Friedrich Kießling sowie **Konrad Adenauer. Leben in Zeiten des Umbruchs** von Holger Löttel.

Was den Band „zu einer wertvollen Bereicherung des Forschungsstandes macht, ist neben den erstmals publizierten Dokumenten die Gründlichkeit, mit der der Bearbeiter dem Auf und Ab des westdeutsch-sowjetischen Verhältnisses in den acht Jahren zwischen der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im September 1955 und dem Rücktritt des ersten Bundeskanzlers im Oktober 1963 nachgeht. Die Mühe hat sich gelohnt. So umfassend wie hier ist Adenauers Bild von den außenpolitischen Herausforderungen der jungen Bundesrepublik noch nicht nachgezeichnet worden“ konstatiert Heinrich August Winkler in der FAZ²⁵ über den von Dominik Geppert und Stefan Creuzberger herausgegebenen Band **Adenauers Ostpolitik. Der Bundeskanzler und die Sowjetunion 1955 bis 1963**.

„Wer über Israel und Gaza mitreden will, sollte das hier lesen“ merkt Sonja Zekri in der *Süddeutschen Zeitung*²⁶ an: **Israel, 7. Oktober. Protokoll eines Anschlags** von Lee Yaron; **Der 7. Oktober und der Krieg in Gaza. Hintergrund, Eskalation, Folgen** von Muriel Asseburg;

²⁴ Florian Keisinger, Der autoritäre Demokrat, SZ, 20.10.2025.

²⁵ Heinrich August Winkler, Gegen das deutsche Urübel regieren, FAZ, 14.10.2025.

²⁶ Sonja Zekri, Zehn Bücher zum Jahrestag, SZ, 7.10.2025.

Der 8. Oktober von Eva Illouz; Die Tore von Gaza. Eine Geschichte von Terror, Tod, Überleben und Hoffnung von Amir Tibon; Was darf Israel? Ein Streit von Hamed Abdel-Samad und Philipp Peyman Engel; Genozid, Holocaust und Israel-Palästina. Geschichte im Selbstzeugnis von Omer Bartov; Die Geburt des palästinensischen Flüchtlingsproblems. Eine Neubetrachtung von Benny Morris; Der Hundertjährige Krieg um Palästina. Eine Geschichte von Siedlerkolonialismus und Widerstand von Rashed Khalidi; Die Welt nach Gaza von Pankaj Mishra sowie Niemals Frieden? Israel am Scheideweg von Moshe Zimmermann.

Philip Stephens stellt in der *Financial Times*²⁷ vier Bücher vor, die helfen könnten, die Entwicklungen im Gaza-Konflikt einzuordnen: **Tomorrow Is Yesterday: Life, Death, and the Pursuit of Peace in Israel/Palestine** von Hussein Agha und Robert Malley; **The Palestinians** von Jonathan Dimbleby; **A Short History of the Gaza Strip** von Anne Irfan sowie **Forgotten: Searching for Palestine's Hidden Places and Lost Memorials** von Raja Shehadeh und Penny Johnson.

„Das Buch ist auch eine Warnung: Die politische und gesellschaftliche Reaktion auf den Hamas-Terror hat Konsequenzen – nicht nur im Nahen Osten, sondern hier, im Herzen Europas“ urteilt Richard C. Schneider in der *Neuen Zürcher Zeitung*²⁸ über **Bruchzeiten. Leben nach dem 7. Oktober** von Marina Chernivsky.

In seinem Buch **On Antisemitism: A Word in History** untersucht Mark Mazower – so Sam Adler-Bell in der *Financial Times*²⁹ – die Entwicklung des Begriffs Antisemitismus und versucht zu analysieren, wie es dazu kommen konnte, dass ein Begriff, der ursprünglich zur Beschreibung einer politischen Bewegung im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts verwendet worden sei, vor allem mit Feindseligkeit gegenüber dem Nationalstaat Israel assoziiert werde.

Peter Rothenbühler stellt in der *Neuen Zürcher Zeitung*³⁰ zwei Bücher vor, die sich mit dem zunehmenden Antisemitismus in Frankreich, der von der Linken befeuert werde, beschäftigen: **L'autre Collaboration – Les origines françaises de l'islamo-gauchisme** von Michel Onfray sowie **La gauche et l'antisémitisme** von Philippe Val.

Wie konnte das geschehen? Deutschland 1933 bis 1945 von Götz Aly – sein „großes Alterswerk, die Summe jahrzehntelanger Forschung und unerschrockenen Nachdenkens“ – sei „allen zu empfehlen, die in der Beschäftigung mit Geschichte lernen wollen, statt Lehr- und Merksätze zu notieren“ urteilt Jens Bisky in der *Zeit*³¹.

„So bleibt am Ende der Eindruck, dass selbst die intensive Auseinandersetzung mit einem führenden Nationalsozialisten und verurteilten Kriegsverbrecher die manipulative, dämonische Kraft eines Hermann Göring auch nach Jahrzehnten nicht vollständig bannen kann“ urteilt Daniel Siemens in der FAZ³² über **Hermann Göring. Macht und Exzess. Eine Biografie** von Andreas Molitor, dem es zwar in seiner Darstellung gelinge das „Zerrbild“ Görings zu korrigieren, „aber nicht alle Mythen über die Nummer zwei im NS-Staat“ zu berichtigen.

Jörg Später befasst sich in der FAZ³³ mit dem Buch **Das Verschwinden des Holocaust. Zum Wandel der Erinnerung** von Jan Gerber, der darin der Frage nachgehe, warum der Holocaust nach 1945 lange nicht als zentrales Ereignis des Nationalsozialismus wahrgenommen worden sei und er stellt dabei fest: „Die große Stärke dieses anschaulich geschriebenen Buches liegt

²⁷ Philip Stephens, Peace, for now: the long history of conflict between Israel and Palestine, *Financial Times*, 15.10.2025.

²⁸ Richard C. Schneider, Das Massaker der Hamas ist auch für das jüdische Leben in Deutschland eine Zäsur, *NZZ*, 7.10.2025.

²⁹ Sam Adler-Bell, Antisemitism by Mark Mazower – shifting senses, *Financial Times*, 26.9.2025.

³⁰ Peter Rothenbühler, Die neuen Kollaborateure, *NZZ*, 23.10.2025.

³¹ Jens Bisky, Aufstieg dank Vernichtung, *Die Zeit*, 9.10.2025.

³² Daniel Siemens, Der Göring-Mythos, FAZ, 23.9.2025.

³³ Jörg Später, Das schwierige Gedenken, FAZ, 17.10.2025.

in den vielen Geschichten über nicht oder wenig bekannte Lebensläufe von politischen, intellektuellen und geographischen Grenzgängern, zumeist aus jüdischen Familien und oft mit mitteleuropäischem Hintergrund, die neben den prominenten philosophischen ‚Feuermeldern‘ wie Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Hannah Arendt oder Jean Paul-Sartre ins Licht gerückt werden.“

In seinem Buch **Wunderland. Die Gründerzeit der Bundesrepublik 1955–1967** sei es **Harald Jähner** gelungen, ein „Kaleidoskop der Alltagskultur“ der bundesdeutschen Wirtschaftswunderjahre zu erstellen, konstatiert *Marc Reichwein* in der *Welt am Sonntag*³⁴.

Eckhard Jesse befasst sich in der *Welt*³⁵ der „quellengesättigte[n]“ Studie **Rechts und links. Zur Karriere einer folgenreichen Unterscheidung in Geschichte und Gegenwart** von **Peter Hoeres**, der die Unterscheidung in rechts und links, insbesondere in Deutschland, in den Blick genommen habe und urteilt: „Die originelle Studie ist mit ihrer prägnanten Mannigfaltigkeit fürwahr ein Kleinod. Dank seiner ungewöhnlichen Quellenkenntnis präsentiert der Autor in der Tour d’Horizon Neuartiges.“

In der *taz*³⁶ merkt **Martin Krauss** an, die ersten vier Bände der **Gesammelten Schriften** von **Hermann L. Gremliza**, die die Jahre 1963 bis 1984 umfassten, seien als „historisch wertvolle Betrachtung bundesrepublikanischer Verhältnisse zu verstehen [...]: Jeder Band enthält ein exzellent recherchiertes lexikalisches Personenregister. Auch dies lässt sich lesen als eine linke Geschichte dieses Landes. Last but not least: Die Freude an gut geschriebenen Texten ist nichts Falsches.“

Das Buch **Der stille Krieg. Wie Autokraten Deutschland angreifen**, in dem die Autoren **Reinhard Bingener** und **Markus Wehner** die hybride Kriegsführung durch autoritäre Staaten in den Blick nähmen, sei „ein aufrüttelndes Buch genau zur richtigen Zeit“ urteilt *Nicolas Freund* in der *Süddeutschen Zeitung*³⁷.

In ihrem „detailgesättigten und messerscharf argumentierenden neuen Buch“ – so *Michael Pawlik* in der *FAZ*³⁸ über **Der ehrliche Deutsche. Über Problemverleugnung, Moralismus und Regelungsillusionen in Sachen Korruption** – warne **Gertrude Lübbe-Wolff** davor, blauäugig anzunehmen, in Deutschland gebe es keine Korruption.

Valentin Feneberg befasst sich in der *FAZ*³⁹ mit der Darstellung **Machtfaktor Karlsruhe. Das Bundesverfassungsgericht im System des Grundgesetzes** von **Alexander Thiele** und merkt an: „Indem Thiele viele Entscheidungen kurz vorstellt, entsteht eher ein buntes Mosaik als ein klares Bild. Wenn er damit zeigen möchte, dass die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vielseitig, unübersichtlich und mitunter widersprüchlich ist, ist ihm das gelungen. Noch gelungener für eine Einführung wäre eine systematischere Darstellung dieser Entscheidungspraxis, etwa am Beispiel der Verhältnismäßigkeitsprüfung.“

„Man will es denen recht machen, auf deren Zustimmung man hofft, und dabei auch irgendwie nützlich sein. Ein Buch, das daraus resultiert, bewegt sich, wie Max Weber sagen würde, auf dem ‚Niveau eines Teetisches‘“ urteilt *Christian Marty* in der *Neuen Zürcher Zeitung*⁴⁰ über das Buch **Zerstörungslust. Elemente des demokratischen Faschismus** von **Carolin Amlinger** und **Oliver Nachtwey**, die „die von ihnen analysierte Zerstörungslust praktisch ausschliesslich dem rechten Spektrum“ zuordneten.

³⁴ Marc Reichwein, Harald Jähner fährt ins Wunderland, *Welt am Sonntag*, 12.10.2025.

³⁵ Eckhard Jesse, Was der Demokratie fehlt, wenn keiner mehr „rechts“ sein darf, *Die Welt*, 22.10.2025.

³⁶ Martin Krauss, Der bürgerliche Politjournalismus als lächerliches Ideal, *taz*, 18.10.2025.

³⁷ Nicolas Freund, Deutschland im Visier, *SZ*, 6.10.2025.

³⁸ Michael Pawlik, Moralität muss man sich leisten können, *FAZ*, 9.10.2025.

³⁹ Valentin Feneberg, Gegliederte Gewalten, *FAZ*, 17.10.2025.

⁴⁰ Christian Marty, Lust an der Zerstörung, *NZZ*, 16.10.2025.

Hannah Schmidt-Ott stellt in der FAZ⁴¹ zwei Bücher vor, die sich mit den Auswirkungen von Fake News auf die Demokratie beschäftigten und dabei zu unterschiedlichen Einschätzungen gelangten: **Das Ende der Wahrheit. Wie Lügen, Fake News und Framing unsere Gesellschaft bedrohen – und was wir dagegen tun müssen** von Elisa Hoven sowie **Die Alarmierten. Was Verschwörungstheorien anrichten** von Michael Butter.

In ihrem Buch **Hyperaktiv. Wie in Sozialen Medien um Deutungsmacht gekämpft wird** analysiere Annekathrin Kohout – so Marcus Woeller in der Welt⁴² –, „was die sozialen Medien so anziehend und so gefährlich“ mache und dabei gelinge ihr sogar „das Kunststück, diesen Abgründen mit analytischer Nüchternheit zu begegnen – und sogar den Trollen noch Verständnis entgegenzubringen“.

The Nuclear Age: An Epic Race for Arms, Power and Survival von Serhii Plokhy sei, so lautet das Urteil von David Patriarakos in der Financial Times⁴³, sowohl eine Geschichte der Nuklearbewaffnung wie auch eine Warnung vor deren Gefahren und „panoramic in scope and fastidious in detail“.

Klaus Wiegrefe verweist im Spiegel⁴⁴ auf die unter dem Titel **Auf meinem Posten** verfassten Memoiren des früheren NATO-Generalsekretärs **Jens Stoltenberg**, die „überraschend kurzweilig“ seien.

The Rise and Fall of the British Army: 1975–2025 von Ben Barry sei eine bemerkenswert detaillierte Chronik über den Aufstieg und den Verfall der britischen Streitkräfte urteilt Allan Mallinson im Spectator⁴⁵.

Ulrich Schmid weist in der FAZ⁴⁶ auf die von Susanne Sträting und Georg Witt herausgegebene „stattliche Anthologie“ **Im Lichthozean. Energien der sowjetischen Moderne** hin, die anschaulich mache, wie „Lenins berühmte Formel, wonach Kommunismus gleich Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes sei, eingebettet wurde in Visionen und Phantasien energetischer Selbstermächtigung“.

In ihrem Buch **We the People: A History of the US Constitution** setze sich Jill Lepore mit dem Verhältnis der Amerikaner zu ihrer Verfassung auseinander und ihre Bilanz falle düster aus, konstatiert Brooke Masters in der Financial Times⁴⁷: „She argues that whenever Americans have been unable to add to the constitution through democratic means, they have turned to the Supreme Court instead, hoping that the justices will find different meanings in the existing words, sometimes with dire consequences.“

In der Darstellung **Weißeblut. Die inneren Kriege der USA. Eine Geschichte von 1900 bis heute** von Bernd Greiner werde anschaulich gemacht, „aus welchen Quellen sich der Furor und die Machtbesessenheit der sogenannten MAGA-Bewegung speist. Anstelle psychologischer Deutungsangebote lässt Greiner historische Fakten sprechen“ konstatiert Harry Nutt im Tagesspiegel⁴⁸.

Tillmann Neuscheler stellt in der FAZ⁴⁹ das von Ezra Klein und Derek Thompson verfasste Buch **Der neue Wohlstand: Was wir für eine bessere Zukunft tun müssen** vor, das unter

⁴¹ Hannah Schmidt-Ott, Keine Angst vor Verschwörungstheorien, FAZ, 21.10.2025.

⁴² Marcus Woeller, Mit Facebook fing das Elend an, Die Welt, 15.10.2025.

⁴³ David Patriarakos, The Nuclear Age by Serhii Plokhy – why nations want the bomb, Financial Times, 13.10.2025.

⁴⁴ Klaus Wiegrefe, Regel Nummer eins: Trump nicht korrigieren, Der Spiegel, 17.10.2025.

⁴⁵ Allan Mallinson, When, why and how came the fall – the success and sorry decline of the British Army, The Spectator, 18.10.2025.

⁴⁶ Ulrich Schmid, Kommunismus unter Strom, FAZ, 15.10.2025.

⁴⁷ Brooke Masters, We the People – Jill Lepore on why Americans have got their constitution all wrong, Financial Times, 25.9.2025.

⁴⁸ Harry Nutt, Unverhohlen brutal, Der Tagesspiegel, 23.9.2025.

⁴⁹ Tillmann Neuscheler, Selbstzweifel der US-Demokraten, FAZ, 6.10.2025.

den linksliberalen Demokraten in den USA eine Debatte ausgelöst habe, auch weil es der Demokratischen Partei eine Mitschuld am Aufstieg von Donald Trump zuweise.

Dan Blumenthal befasst sich in der *National Review*⁵⁰ mit **Zbig: The Life of Zbigniew Brzezinski, America's Great Power Prophet**, der Biografie von **Edward Luce** über Jimmy Carters Nationalen Sicherheitsberater und merkt an: „The Luce biography is a reminder that powerful ideas, when fused with the right policy instruments, can move history.“

„Das neueste Buch des vielleicht besten deutschen Osteuropakenners **Karl Schlögel** enthält seine – zuvor verstreut schon in Zeitungen und Zeitschriften erschienenen – grundlegenden Reflexionen über die Erkundung und gegenwärtige Entwicklung der Ukraine und Russlands“, schreibt Joseph Wälzholz in der *Welt am Sonntag*⁵¹ über **Auf der Sandbank der Zeit**.

Der Historiker als Chronist der Zeit.

Magdalena Miecznicka stellt in der *Financial Times*⁵² zwei Bücher vor, die untersuchen, wie die Feindseligkeit gegenüber Moskau die Identität Mittel- und Osteuropas geprägt habe: **Lithuania: A History** von **Richard Butterwick** sowie **Central Europe: The Death of a Civilization and the Life of an Idea** von **Luka Ivan Jukic**.

Mit **Neutralität und Kaiserschmarrn. Eine Geschichte Österreichs seit 1945** habe György Dalos „einen anekdotenreichen Kurztrip durch die Geschichte Österreichs seit 1945 verfasst, der einen besonderen Blick auf die Wechselwirkungen mit den Nachbarstaaten jenseits des Eisernen Vorhangs wirft, mit denen das Land einst im Habsburgerreich verbunden war“ stellt Alexander Haneke in der *FAZ*⁵³ fest, wobei es aber weder einen roten Faden noch tiefergehende Einblicke gebe.

Im *Wall Street Journal*⁵⁴ präsentiert William Anthony Hay **Great Power Diplomacy: The Skill of Statecraft from Attila the Hun to Kissinger** von **A. Wess Mitchell**, der sich mit der Geschichte der Diplomatie auseinandergesetzt habe und aufzeige, wie diese Staatskunst über lange Zeit hinweg falsch verstanden worden sei: „Mr. Mitchell deftly presents strategy as a way to solve critical problems, often under extreme pressure and at high stakes, with diplomacy a means to pace challenges and gain leverage. Officials and the wider public can learn much from his account.“

⁵⁰ Dan Blumenthal, Zbigniew Brzezinski: Cold Warrior in Chief, The National Review, 18.9.2025.

⁵¹ Joseph Wälzholz, Karl Schlögel ruft „Jetzt erst recht!“, Welt am Sonntag, 12.10.2025.

⁵² Magdalena Miecznicka, Mapping the shifting mental boundaries of Europe, Financial Times, 10.10.2025.

⁵³ Alexander Haneke, Neutralität, Kaiserschmarrn – und was noch?, FAZ, 21.10.2025.

⁵⁴ William Anthony Hay, Great Power Diplomacy' – Review: Making Friends and Allies, Wall Street Journal, 17.10.2025.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Denise Lindsay

Referentin Abteilung Zeitgeschichte

denise.lindsay@kas.de

kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2025, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)